**Die faschistische Regierung spielt Optimismus**

# Papen vertraut auf Hitler

## Reichsregierung will mit faschistischer Gewalt lange im Amte bleiben . Papen ist der Unterstützung Hitlers sicher . Antifaschistische Aktion wird Diktaturpläne vereiteln

**Berlin, 18. August 1932. (Eig. Drahtbericht).**

Die gesamte Presse bringt heute morgen in großer Aufmachung ein Interview Papens, das er dem Berliner Vertreter des Reuter-Büros gegeben hat. Danach hat der Kanzler auf die Frage, ob er glaube, daß seine Regierung kommendes Weihnachten noch im Amte sei, geantwortet:

**„Wir werden für lange Zeit im Amte sein."**

Weiter erklärte Papen, es sei nicht die Rede davon, daß seine Regierung dem Reichstag aus dem Weg gehen wolle. Sollte jedoch ein Mißtrauensvotum angenommen werden, so würde die Regierung nach Maßgabe der dann geschaffenen Situation handeln.

Auf den Hinweis, daß Hitler entschieden bestreite, in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler die volle Staatsgewalt verlangt zu haben, erklärte der Kanzler, daß es in dieser Hinsicht gar keinen Zweifel geben könne.

**Der Führer der NSDAP habe zugegeben, daß er während der vergangenen zwei Monate (also der Tolerierungszeit. D. Red.) bei seinen ungeduldigen Anhängern einen schweren Stand gehabt habe. Hitler habe weiter erklärt, er könne keinen Anteil der Regierungsgewalt annehmen, sondern müßte sie in ihrer Gesamtheit erlangen.**

Auf die Frage des Reuter-Vertreters, ob Deutschland aus dem Völkerbund austreten werde, wenn seine Ansprüche auf Gleichberechtigung hinsichtlich der Abrüstung keine Berücksichtigung finden würden, gab der Kanzler keine bestimmte Antwort. Er sagte nur, daß die Frage der Gleichberechtigung auf dem Abrüstungsgebiet für Deutschland eine wichtige Lebensfrage sei.

**Außenpolitisch erklärte der Kanzler noch, daß Deutschland seine Bestrebungen — etwas von den früheren Kolonien zurückzuerhalten — noch nicht aufgegeben habe.**

**Zum Schluß erklärte der Reuter-Korrespondent, daß der Kanzler der Hoffnung Ausdruck gab, es sei wohl nicht zu befürchten, daß die NSDAP um ihr Ziel zu erreichen, sich zu illegalen Schritten hinreißen ließe. Er habe von Adolf Hitler eine Zusicherung in diesem Sinne erhalten und habe keinen Anlaß, Adolf Hitler nicht zu glauben. Auf alle Fälle werde die Regierung nicht zaudern, jede Revolte gegen ihre Autorität auf der Stelle mit Waffengewalt zu unterdrücken. Wie die Dinge liegen, erklärte der Kanzler, stehe das deutsche Volk wieder geschlossener denn je hinter seinem obersten Führer, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und in vollem Vertrauen auf seine weise Führung.**

**Was das Vertrauen in die „weise Führung" Hindenburgs anbelangt, so stützt sich Papen dabei unzweifelhaft auf die Haltung der SPD und des Zentrums. Denn während die Zentrumsführer gerade jetzt mit aller Intensität an der Preußenkoalition mit den Nazis arbeiten, um die Mannen Hitlers über das größte Land Deutschlands auch an die Reichsregierung zu bringen, hat die SPD ihre Politik des „kleineren Uebels" auf die Papenregierung umgestellt und steht gemeinsam mit ihren schwarzen Koalitionsbrüdern zu Hindenburg, zur faschistischen Diktatur.**

**Und just in demselben Augenblick, da Hitler im „Völkischen Beobachter" noch einmal nachdrücklichst bestreitet, „die ganze Regierungsgewalt" gefordert zu haben, sich aber aus demagogischen Gründen in offenen Gegensatz zu Papen stellt, erklärt der Reichskanzler, daß er keine Ursache habe, an den Legalitätsbeteuerungen des Naziführers zu zweifeln. Das ist allerdings deutlich genug und heißt zu gut deutsch, daß die Nazipartei auch in Zukunft die arbeiterfeindliche, reaktionäre Politik des Papenkabinetts unterstützen und die Regierung tolerieren wird. Auf solche bindende Zusicherungen baut Papen wahrscheinlich auch seine Hoffnungen auf eine „lange" Amtsperiode.**

**Aber schon einmal in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands wurde die Amtsperiode einer Regierung durch die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiterschaft abgekürzt. Das werktätige Deutschland, das sich heute mit noch größerer Kraft zur Antifaschistischen Aktion zusammenballt, wird seine unüberwindliche Klassenkraft in die Waagschale werfen, die Kraft, an der die faschistische Bourgeoisie samt ihres Hitlers und ihrer sozialdemokratischen Stützen zerbrechen werden.**

**Die Arbeiterschaft muß mit noch stärkerem Interesse die Wünsche der deutschen Bourgeoisie auf Gleichheit zur Aufrüstung und ihre Forderungen nach Kolonien beobachten, die nicht zufällig wieder von Papen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden sind. Das sind die Forderungen des deutschen Kapitalismus auf ungestörte Kriegsvorbereitung.**

**Antifaschistische Aktion in den Betrieben wird die Pläne der faschistischen Bourgeoisie zunichte machen, von der Kühnheit und dem Tempo ihrer Entwicklung und Ausbreitung, von der Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft hängt es ab, wann das Proletariat über das kapitalistische System siegt.**

## Die SA meutert

**Wie groß die Schwierigkeiten des Legalitätskurs der Hitler und Co. sind, dafür sprechen die sich täglich mehrenden Zersetzungserscheinungen innerhalb der Bürgerkriegsgarden der SA und SS. Nicht nur in einzelnen Städten Sachsens geht die Zersetzung mit großer Schnelligkeit vorwärts, sondern auch in Berlin ist es jetzt bereits zur offenen Meuterei gegen die Führung gekommen. Dieser Umstand hat auch dazu geführt, daß Helldorf, der Berliner Gauführer der SA, in seinem Urlaubsbefehl bereits zugeben muß, daß eine starke Verstimmung herrscht, die er mit leeren Worten zu beschwören sucht. Die Streitigkeiten und Zänkereien in den SA-Heimen nehmen immer schärfere Formen an. Wozu das bereits führte, dafür ein Beispiel von der Leibwache des Münchner Braunen Hauses.**

## Messerstecherei zwischen SS und SA

**In München hat der Standartenführer und SS-Mann (Adjutant und früherer Offizier) Wagner im Verlaufe eines Streites den SA-Mann Ludwig Weilhofer durch einen Stich von hinten in die Lunge drang, und den SA-Mann Schraudolf durch einen Bauchstich schwer verletzt. Beide Verletzten mußten ins Krankenhaus geschafft werden, wo sie in bedenklichem Zustand daniederliegen.**

Wie immer bei solchen Vorfällen wurde auch diesmal von einem bürgerlichen Nachrichtendienst die Meldung verbreitet, daß die SA-Leute im Streit mit Kommunisten verletzt wurden. Die Untersuchung ergab aber rasch den wirklichen Tatbestand, so daß der bürgerliche Pressedienst seine erste Meldung widerrufen mußte. Der Vorfall hat sich folgendermaßen abgespielt:

Der eine der SA-Leute hat — ob mit provokatorischer Absicht, ist noch nicht festgestellt — „Rot Front" gerufen. Der SS-Führer Wagner, der des Weges kam, ging sofort auf die SA-Männer zu, worauf sich der SA-Mann als Mitglied der NSDAP vorstellte. Wagner verlangte nun von ihm den Ausweis, was der SA-Mann verweigerte. Auf diese Weigerung hin kam es zu einem Streit, der schließlich dazu führte, daß der SS-Mann die beiden SA-Leute niederstach.

**Der Vorfall zeigt wieder einmal, daß einem Naziführer der Ruf „Rot Front" genügt, um bedenkenlos Menschen über den Haufen zu stechen. Zugleich haben die SA-Proleten ein anschauliches Beispiel dafür, daß ihr Leben für den Führerklüngel keinen Pfennig wert ist.**

# Differenzen zwischen Papen und Luther

## „Arbeitsbeschaffung" mit Reichsbankkrediten . Inflationistische Maßnahmen in Sicht

Die Papenregierung hat die Durchführung eines „Arbeitsbeschaffungsprogramms" angekündigt. Obwohl die Arbeitslosen, die bei den geplanten Notstandsarbeiten beschäftigt werden sollen, nur die dürftigste Unterstützung erhalten sollen, wären zur Durchführung auch der minimalsten Arbeiten Materialien und Arbeitsmittel und infolgedessen auch bestimmte Geldmittel notwendig. Ueber die Finanzierung der „Arbeitsbeschaffung" sind zwischen der Papenregierung und dem Reichsbankpräsidenten Luther Differenzen entstanden. Unter der Ueberschrift „Arbeitsbeschaffung bei leeren Kassen" berichtet „Der Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, am 17. August u. a. folgendes:

„Die Durchführung der Arbeitsbeschaffung erfordert einige hundert Millionen Mark. In den öffentlichen Kassen ist dafür nichts verfügbar. Der Gedanke der Prämienanleihe ist aufgegeben, es wäre für seine Durchführung auch wohl zu spät. Infolgedessen ist dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm ebenso zweifelhaft, wie die Vermehrung der Arbeitsgelegenheiten durch den Abbau des Tarifvertrages, denn es bleibt für die Finanzierung schließlich dann nur noch der Ausweg, die Reichsbank in Anspruch zu nehmen. In der der Regierung nahestehenden Presse heißt es zu diesem Punkt, die Pläne der Regierung seien bisher dadurch vereitelt worden, daß die Hauptschwierigkeit, nämlich die Finanzierung des Programms, so schnell nicht behoben werden konnte: Die Reichsbank weigerte sich, die notwendigen Kredite zu geben... Man kann nur wünschen, daß die Reichsbank auf ihrem Standpunkt verharrt, denn was hier von der Reichsbank verlangt wird, ist nichts anderes, als die Finanzierung öffentlicher Arbeiten durch inflationistischen Kredit ... Arbeitsbeschaffung durch großzügige Inanspruchnahme der Reichsbank, das wäre Inflation."

Diese Mitteilungen des „Deutschen" zeigen, wie wenig die Papenregierung eine großzügige Arbeitsbeschaffung durchführen kann. Der „freiwillige Arbeitsdienst" wird bis jetzt durch die Arbeitslosenversicherung finanziert. Aber trotz der hohen Beiträge von 6,5 Prozent, trotz des drakonischen Unterstützungsabbaues und trotz der neuen Steuern, der „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe", sind die Mittel der Reichsanstalt nach wie vor beschränkt. Dazu kommt, daß der „freiwillige Arbeitsdienst" bisher Arbeiter in Massen arbeitslos gemacht hat. Woher soll also die Papenregierung die Mittel zur Durchführung eines „Arbeitsbeschaffungsprogramms" nehmen? Die Papenregierung ist selbstverständlich nicht gewillt, den auf über 800 Millionen jährlich angeschwollenen Wehretat abzubauen oder die gigantischen Polizeikosten zu verringern. Ebenso wenig ist sie bereit, die von der KPD vorgeschlagene Millionärsteuer durchzuführen. Der für alle Werktätigen verhängnisvolle Weg der Reichsbankkredite kann alles andere bringen, nur keine fühlbare Verringerung des ungeheuerlichen Arbeitslosenheeres.

**Der Weg, den die Papenregierung gehen will, ist die Erfüllung der Forderungen der Naziführer und auch der arbeiterfeindlichen Wünsche der ADGB-Führer,** die ebenfalls die „Arbeitsbeschaffung" durch „Krediterweiterung" wollen. Schon längst haben sich dabei Nazi- und ADGB-Führer auf einer Linie getroffen. In der Reichstagssitzung vom 19. Mai erklärte der Nazifführer Gregor Straßer an die Adresse von Tarnow:

„Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der Freien Gewerkschaften von Woytinski dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind."

Was Nazi- und ADGB-Führer fordern, würde nur die Not der arbeitenden Massen in Stadt und Land ungeheuer verschärfen.

**Die faschistisch geführte Bourgeoisie kann den Millionen Arbeitslosen nicht Arbeitsmöglichkeit und Brot beschaffen. Allein der Weg des Kampfes, den die KPD weist, und der zum sozialistischen Aufbau führt, kann, wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt, die Arbeitslosigkeit liquidieren.**

## „Arbeitsbeschaffung" durch neue Steuerbelastung

Die bürgerliche Presse berichtet davon, daß der Präsident des deutschen Landgemeindetages, Landrat a. D. Dr. Gereke in einer Pressebesprechung ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden" entwickelt habe, daß durch „zinslose Kreditschöpfung der öffentlichen Hand bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten" finanziert werden soll.

**Nazi- und Reichsbannervertreter sollen bezeichnenderweise in der Pressebesprechung den bürgerlichen Zeitungsmeldungen zufolge „ihre ungeteilte Zustimmung" zu Gerekes Plan erteilt haben.**

Das entscheidende an diesem Plan ist die Tatsache, daß die **Deckung dieser Kreditschöpfung „in der Steuerkraft der Bevölkerung"** gesucht werden soll.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als daß die für die „Arbeitsbeschaffungs"pläne der Papenregierung benötigten Gelder aus den sowieso schon unter dem unerträglichen Steuerdruck leidenden Massen herausgepreßt werden sollen. Gleichzeitig ist das, was Dr. Gereke der Bourgeoisie da empfiehlt, ein weiterer großer Schritt in den allgemeinen Bankrott der Kommunen.

Wie dem aber auch sei — die Steuerschraube ist der Bourgeoisie eine noch genehmere Zuflucht als die ebenfalls im Zusammenhang mit den „Arbeitsbeschaffungs"plänen erwogenen inflationistischen Maßnahmen.

Die Arbeiter, und vornehmlich die Erwerbslosen müssen erkennen, daß in den von der Bourgeois-Presse so laut bejubelten „Arbeitsbeschaffungs"plänen der Papenregierung eine große Gefahr ihrer weiteren Ausplünderung und ihrer verschärften faschistischen Bedrückung besteht. Dagegen heißt es alle Arbeiter und Erwerbslosen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion mobil zu machen.

# Sondergerichte in Aktion gegen Antifaschisten

## Die ersten Urteile: Zuchthaus und Gefängnis gegen KPD- und Reichsbannerarbeiter

**Gestern und vorgestern haben die von der Diktaturregierung eingesetzten Sondergerichte ihre ersten Urteile gefällt. Die Verurteilten sind nicht nationalsozialistische Meuchelmörder, Bomben- und Handgranatenwerfer. Die ersten Opfer der Sondergerichte sind vielmehr ausnahmslos Arbeiter, Antifaschisten, Kommunisten und Reichsbannerleute. Schwere Zuchthaus- und Gefängnisurteile wurden gegen sie gefällt.**

**In Brieg wird mit einer Eile gegen die 45 wegen der Zusammenstöße in Ohlau angeklagten kommunistischen und Reichsbannerarbeiter verhandelt, daß Angeklagte vor Erschöpfung zusammenbrechen. Der Prozeß gegen die tierischen SA-Banditen aber, die unseren schlesischen Genossen Piegsch in seiner Wohnung gemeuchelt haben, wurde bereits zum vierten Male vertagt.**

In Breslau wurde von dem Sondergericht die Landarbeiterin Martha Kurock wegen schweren Landfriedensbruchs und Aufstandsführerschaft zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der 19jährige Arbeiter Kupke erhielt 1 Jahr Gefängnis, der Ackerkutscher Jenke und der Verkäufer Magoliner erhielten je 6 Monate Gefängnis zudiktiert. Die Verurteilten waren angeklagt wegen Teilnahme an Zusammenstößen, die sich anläßlich einer Goebbels-Versammlung in Breslau durch das provozierende Auftreten der SA-Banden ereignet hatten.

**Vor demselben Gericht wurde der Reichsbannermann Haschke zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.** Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt. Haschke war in ein Handgemenge mit zwei Stahlhelmern geraten und hatte dabei auch einem Polizeibeamten, der als solcher nicht erkannt worden war, eine Ohrfeige gegeben. Der Fleischer Kahl, der ebenfalls einem Polizeibeamten eine Ohrfeige heruntergehauen haben soll, wurde von dem Sondergericht zu einem 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten je 6 Monate Gefängnis.

In Königsberg wurde ein Arbeiter zu **1 Jahr 1 Monaten Zuchthaus**, ein anderer zu **1 Jahr Zuchthaus**, ein dritter zu **1 Jahr Gefängnis**, ein vierter zu **10 Monaten Gefängnis**, und sechs Arbeiter zu je **6 Monaten Gefängnis** verurteilt. Die Arbeiter waren angeklagt wegen Teilnahme an einem Zusammenstoß mit nationalsozialistischen Sturmabteilungen, die bei einem Marsch durch ein Arbeiterviertel provozierten. Von den zwanzig Zeugen, die vernommen wurden, waren achtzehn organisierte Nazis und einer gehörte dem Stahlhelm an. Auf Grund der Aussagen dieser Zeugen fällte das Gericht das ungeheuerliche Urteil.

**Wenn die Arbeiterschaft diese Schreckensurteile gegen ihre Klassengenossen vernimmt, dann denkt sie daran, daß die Sozialdemokratie die Einsetzung dieser Sondergerichte begrüßte. Jetzt aber zeigt es sich mit aller Grausamkeit, daß diese Notverordnung und diese Sondergerichte, so wie es die Kommunistische Partei von Anfang an erklärte, die Arbeiter, die Antifaschisten treffen.**

## Polizei im Leipziger Parteihaus

**In ganz Deutschland unternimmt die Polizei in verstärktem Maße Aktionen gegen die Kommunistische Partei und gegen die revolutionären Massenorganisationen. Am vergangenen Sonnabend erschienen zwei Kriminalbeamte im Büro der KP Sachsen in Leipzig, wo sie den Gen. Fritz Selbmann suchten, der jedoch nicht anwesend war. Das ganze Parteihaus und die umliegenden Straßen waren während dieser Zeit mit starken Polizeiposten umstellt.**

**Während derselben Zeit wurden in der Wohnung des Gen. Selbmann sowie an verschiedenen anderen Stellen, an denen man ihn vermutete, Haussuchungen vorgenommen. Ebenfalls suchte die Polizei den Gen. Selbmann sogar in dem Lokal, wo er zu Mittag zu essen pflegt. — Einen Grund für diese Aktion gab die Kriminalpolizei nicht an.**

## Streik der Straßenhändler in Leipzig

**Die Straßenhändler der Stadt Leipzig sind am 15. August früh in einen Proteststreik gegen die vom Rat geforderte Wiegegebühr von 1.50 Mark pro Tag getreten. Etwa 300 Straßenhändler haben von den Großhändlern keine Ware mehr gekauft.**

**Die Leipziger Arbeiterschaft bringt den kämpfenden Kleingewerbetreibenden die vollste Sympathie entgegen und wird helfen, den Streik bis zum Erfolg durchzuführen.**